

Stagflation – wie kommt sie zustande und was kann man tun?

von Ekkehart Schlicht¹

Aufbauend auf Gedanken aus der Effizienzlohntheorie wird zunächst eine Theorie der Stagflation entwickelt. In dieser Theorie ist die Lohnbildung vorwärtsgerichtet, da versucht wird, erfahrene Beschäftigte an der Abwanderung zu hindern: Bei der Bewerbung um offene Stellen konkurrieren bereits Beschäftigte mit arbeitslosen Bewerbern. Eine Person, die bei einer anderen Unternehmung beschäftigt ist, wird dabei einem Arbeitslosen aus verschiedenen Gründen vorgezogen. Die Arbeitslosen, insbesondere die Langzeitarbeitslosen, beeinflussen demnach nicht die Marktchancen der beschäftigten Bewerber und sind somit unerheblich für die Lohnbildung. Es werde nun folgender Fall betrachtet: Der Bundesbank gelänge es, Produktion und Beschäftigung stets so zu stabilisieren, daß auch die Inflationsrate stabil bleibt, und es existiere eine gewisse, im Zeitablauf konstante Arbeitslosenquote. Da ein Teil der Arbeitslosigkeit im Zeitablauf zu Langzeitarbeitslosigkeit wird und jeden Einfluß auf die Lohnbildung verliert, kommt es mit der Zeit zu einem Mangel an qualifizierten Bewerbern. Die Aufstiegschancen der Beschäftigten verbessern sich, die Unternehmen bieten höhere Löhne. Es entsteht bei *jedem* Lohn- und Beschäftigungsniveau eine Tendenz zur Lohnsteigerung und Inflation. Dies ist die These von der autonomen Lohninflation. Um eine akzelerierende Inflation zu vermeiden, wird restriktiv eingegriffen, und die Arbeitslosigkeit steigt. Dieser Prozeß wiederholt sich. Offenbar ist das Problem weder konjunkturell noch strukturell bedingt. Es beruht auch nicht auf mangelnder Flexibilität, Lohn dispersion oder Anspruchsdenken. Vielmehr handelt es sich um ein institutionelles Problem: Unsere Mechanismen der Lohnsetzung führen systematisch zu falscher Lohnbildung und müssen deshalb geändert werden. Im folgenden wird eine Möglichkeit zur Entkopplung von Relativlohnbildung und Lohnniveau diskutiert.

1. Die gegenwärtige Arbeitslosigkeit ist ein Problem der Stagflation

Seit 20 Jahren gibt es das Problem der Massenarbeitslosigkeit. Seit zehn Jahren ist klar, daß es sich hier weder um ein konjunkturelles noch um ein strukturelles Problem handelt. Es ist auch kein Problem des Kapitalmangels, denn wir haben in praktisch allen Bereichen Überkapazitäten. Durch Erhöhung der Güternachfrage könnten wir zu einer besseren Kapazitätsauslastung und zu höherer Beschäftigung gelangen, aber Entwicklungen in diese Richtung führen stets zu Inflationsschüben. Das macht eine Beschäftigungssteigerung durch Nachfrageexpansion unmöglich. Wir würden eine akzelerierende Inflation bekommen, die dann Restriktionsmaßnahmen und eine noch höhere Arbeitslosigkeit erzwingen würde. Das Grundproblem ist also das der Stagflation: Schon bei hoher Arbeitslosigkeit gibt es Inflationstendenzen, die eine restriktive Politik erzwingen und eine Beschäftigungssteigerung durch Nachfrageausweitung – egal ob monetär, staatlich, privat oder vom Ausland getrieben – unmöglich machen.

¹ Prof. Dr. Schlicht lehrt Volkswirtschaft an der Ludwig-Maximilians-Universität München und leitet das Seminar für Theorie und Politik der Einkommensverteilung. Das hier abgedruckte Referat hielt er anlässlich des Symposiums »Wachstum und Beschäftigung« am 17. März 1994 im Ifo Institut, München.

In dem Beitrag werden einige Thesen des Autors referiert, die ausführlicher in: E. Schlicht, *Autonomous Wage Inflation, Diskussionsbeitrag*, Volkswirtschaftliches Institut der Ludwig-Maximilians-Universität, München 1994, dargelegt sind.

Nebenbei sei bemerkt, daß das Wegbrechen einiger Märkte im Osten nicht für die gegenwärtigen Probleme verantwortlich gemacht werden kann, denn wir könnten die entfallene Nachfrage ja exakt simulieren. Wenn wir eine Umstrukturierung wünschen, erzeugt diese im Sinne der »demand-shift-inflation« einen zusätzlichen inflationären Impuls, denn wegen der Asymmetrie von Preis- und Mengenanpassungen sind die Preissenkungstendenzen in den Bereichen, von denen Nachfrage abgezogen wird, weniger ausgeprägt als die Preissteigerungstendenzen in den Bereichen, zu denen die Nachfrage gelenkt wird. Solange diese Phänomene aber bei Unterauslastung der Kapazitäten auftreten, hindert uns hier also wieder das Stagflationsphänomen an effektiver Vollbeschäftigungspolitik.

2. Arbeitslosigkeit und Lohnbildung haben sich entkoppelt

Die Zahl der Arbeitslosen hat keinen nennenswerten Einfluß auf die Lohnbildung. Dies liegt im wesentlichen daran, daß die Lohnbildung *vorwärtsgerichtet* ist: Die Unternehmen setzen Löhne so, daß die eingearbeiteten Mitarbeiter die Unternehmung nicht verlassen wollen und daß die einzelne Unternehmung gegenüber anderen Unternehmungen in ihrer Lohnbildung konkurrenzfähig ist. Die Löhne dienen nicht der Attrahierung hinreichend vieler geeigneter Bewerber, sondern orientieren sich an den Alternativen, die den bereits Beschäftigten offenstehen.

Deshalb sind die Angebotsbedingungen für die Lohnbildung weitgehend unerheblich. Sie spielen nur insofern eine Rolle, als sie die alternativen Beschäftigungschancen der bereits Beschäftigten beeinflussen. Einem Bewerber, der anderweitig eine Anstellung hat, wird aber gegenüber einem arbeitslosen Bewerber aus verschiedenen Gründen der Vorzug gegeben, insbesondere dann, wenn der Arbeitslose schon längere Zeit arbeitslos war. Dann ist er kein effektiver Konkurrent mehr für die Beschäftigten, die nach Aufstiegschancen suchen. Ferner verlangen die meisten Tätigkeiten Berufserfahrung. Bei Arbeitslosigkeit ist die Zahl der Bewerber mit entsprechender Berufserfahrung entsprechend reduziert. Gleichgültig, wie hoch die Arbeitslosigkeit ist, wird sich doch auf die Dauer die Zahl der Kandidaten für einen Abteilungsleiterposten nach der Zahl der Beschäftigten in den entsprechenden Abteilungen, also nach der Kontrollspanne, richten und unabhängig von der Arbeitslosigkeit sein.

Änderungen der Beschäftigung bedingen dagegen Lohnbewegungen: Wenn die Beschäftigung ausgeweitet wird, verbessern sich die Aufstiegschancen der Beschäftigten, und zwar unabhängig vom Niveau der Arbeitslosigkeit. Um die Belegschaftsmitglieder am Abwandern zu hindern, müssen deshalb in einer solchen Phase gute Bedingungen geboten werden.

Umgekehrt werden selbst bei geringer Arbeitslosigkeit die Aufstiegsmöglichkeiten bei Beschäftigungsrückgang schlechter, denn die Zahl der zu besetzenden Stellen ist dann sehr klein. Insgesamt wird die Lohnbewegung also von der *Änderung der Beschäftigung*, aber nicht vom *Niveau der Arbeitslosigkeit* abhängen. Das finden wir auch in den Statistiken bestätigt.

3. Gleichgültig wie hoch die Arbeitslosigkeit ist, auf die Dauer ergibt sich Lohninflation

Aufgrund der technologischen Entwicklungen ist der Anteil der Arbeiter und generell der ausführender Tätigkeiten im Industriebereich drastisch zurückgegangen. Repetitive Tätigkeiten, die wenig Einarbeitung und wenig kognitive Leistung erfordern, lassen sich leicht automatisieren. Das erhöht den Anteil der Tätigkeiten, die hohe Einarbeitungskosten und ausreichende Motivation erfordern. Um die Fluktuation zu kontrollieren und die Motivation zu stärken, lohnt es sich für die Unternehmungen, übertariflich zu entlohnen. Jede Unternehmung versucht sozusagen, bessere Bedingungen zu bieten als die Konkurrenz. Im Prinzip führt dieses Lohnsetzungsverhalten zu ständig steigenden Löhnen, da die Unternehmungen versuchen, sich gegenseitig zu überbieten. Lediglich bei Beschäftigungsrückgang besteht die Abwanderungsgefahr nicht mehr, und der Überbietungsprozeß ist gestoppt.

Ich nenne die These, daß sich bei jeder Arbeitslosigkeit auf die Dauer Lohnsteigerungen ergeben, die *These von der autonomen Lohninflation*.

Auf die Dauer setzen sich Lohnsteigerungen in Preissteigerungen um. Effektive Inflationskontrolle erfordert deshalb eine ständig steigende Arbeitslosigkeit.

4. Was die These nicht sagt

Die hier entwickelte Sicht der Arbeitslosigkeit hat mehrere Implikationen. Die wichtigsten sind negativer Art. Ich nenne einige.

- **Mangelnde Lohnflexibilität.** Die Arbeitslosigkeit ist nicht durch Lohnstarrheit verursacht. Vielmehr sind die Löhne flexibel – sogar flexibler als die Preise – sie bewegen sich aber systematisch in die falsche Richtung. Eine Flexibilisierung könnte dazu führen, daß sich die Löhne noch schneller in eine falsche Richtung entwickeln und könnte so diese Fehlentwicklungen verstärken.
- **Wohlfahrtsstaat und Anspruchsdenken.** Die Arbeitslosigkeit hat nichts mit Wohlfahrtsstaat und Anspruchsdenken zu tun. Für die Lohnbildung sind die Angebotsbedingungen weitgehend unerheblich. Für das Problem der autonomen Lohninflation ist es egal, ob es den Arbeitslosen gut oder schlecht geht.
- **Zu undifferenzierte Lohnstruktur.** Es wird manchmal gesagt, daß das Lohngefälle zwischen verschiedenen Tätigkeiten nicht ausgeprägt genug sei. Die »schlechten« Tätigkeiten sollten geringer entlohnt werden, die »guten« besser. Durch Öffnungsklauseln ließe sich die Beschäftigung steigern. Aus der hier vertretenen Sicht ist dies nicht richtig. Das Problem der autonomen Lohninflation stellt sich weitgehend unabhängig von der Lohnstruktur. Kostentlastungen durch eine flexiblere Lohnstruktur wären nur vorübergehend, denn die Konkurrenz führt zu einer Eliminierung dabei entstehender Gewinne.

Aus allokativer Sicht ist diese These aber extrem irreführend. Ein gut funktionierender Arbeitsmarkt würde die Löhne zwischen »guten« und »schlechten« Tätigkeiten angleichen. Dadurch würden in den »guten« Bereichen Gewinne entstehen und damit der Anreiz zur Schaffung von mehr hochproduktiven Arbeitsplätzen. Durch eine Lohndifferenzierung würde man diese Anreize beseitigen (und so einen gravierenden Nachteil des Systems der Arbeiterselbstverwaltung ohne die entsprechenden Vorzüge simulieren).²

² Für eine theoretische Begründung dieser Position vgl. E. Schlicht, *Job Rents in a Dual Labor Market*, Diskussionsbeitrag, Volkswirtschaftliches Institut der Ludwig-Maximilians-Universität, München 1994.

- **Private Arbeitsvermittlung.** Eine Verbesserung der Arbeitsvermittlung durch Beseitigung des Vermittlungsmonopols der Arbeitsämter und Zulassung privater Arbeitsvermittlung, wie sie nunmehr erfolgt ist, verringert die Arbeitslosigkeit nicht. Zwar kann man eine Verbesserung in allokativer Hinsicht erwarten, wenn ungerechtfertigte Lohndifferenziale zwischen guten und schlechten Branchen eingeebnet werden, aber die alternativen Beschäftigungschancen der bereits Beschäftigten verbessern sich generell. Dies verstärkt die Tendenz zu autonomer Lohninflation und erhöht so letztlich die Arbeitslosigkeit.
- **Zu hohe Löhne.** Die These besagt nicht, daß die Arbeitslosigkeit durch zu hohe Löhne verursacht ist, sie sagt nur, daß die Lohnänderungen bei höherer Beschäftigung inflationär wären. Tatsächlich ließe sich bei den gegenwärtigen Löhnen wahrscheinlich problemlos Vollbeschäftigung realisieren, denn die Produktion steigt überproportional mit der Beschäftigung («Okuns Gesetz»). Das Problem ist nicht das *Niveau* der Löhne, sondern sind die *Lohnsteigerungen* bei hoher Beschäftigung.
- **Gewerkschaften.** Das Problem der Massenarbeitslosigkeit ist nicht durch das deutsche System der Gewerkschaften verursacht. Das Problem stellt sich in verschiedenen Ländern weitgehend unabhängig von der Form der Gewerkschaftsorganisation.

5. Wirtschaftspolitische Maßnahmen

Die hier vorgestellte Sicht legt Maßnahmen zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit nahe. Ich nenne einige.

- **Abschwächung des Kündigungsschutzes.** Der Kündigungsschutz führt dazu, daß die Einstellung von nicht völlig überzeugenden Bewerbern sehr risikoreich ist und führt somit zu einer Verengung des Marktes. Eine Abschwächung des Kündigungsschutzes würde das Problem der autonomen Lohninflation verringern.
- **Lohndifferenzierung zwischen Arbeitslosen und abgeworbenen Kandidaten.** Eine solche Regelung, wie sie sich etwa in den Tarifabschlüssen der Chemieindustrie findet, verschlechtert die Wettbewerbsposition von beschäftigten Bewerbern gegenüber arbeitslosen Bewerbern. Sie müßte aber obligatorisch sein. Dies hätte bessere Motivationswirkungen, denn die Unternehmung ist dann nicht für die Diskriminierung verantwortlich. Es ist auch zu bezweifeln, daß die Option in nennenswertem Umfang freiwillig wahrgenommen wird.
- **Private Arbeitsvermittlung für Arbeitslose.** Wenn die private Arbeitsvermittlung ausschließlich auf die Vermittlung von Arbeitslosen beschränkt würde, würde

dies ähnlich wie eine Lohndifferenzierung wirken. Die alternativen Beschäftigungsmöglichkeiten der bereits Beschäftigten würden sich zugunsten der Arbeitslosen verschlechtern. Dies würde den Lohndruck senken und letztlich höhere Beschäftigung ermöglichen.

- **Steuern.** Auch durch steuerliche Maßnahmen könnte das Problem der autonomen Lohninflation abgeschwächt werden. Eine Fluktuationssteuer oder eine progressive Lohnsteuer würde die Abwanderungsproblematik entschärfen.

6. Entkopplung von Lohnstruktur und Lohnniveau

Das Problem der autonomen Lohninflation muß grundsätzlich angegangen werden. Das Problem der Arbeitslosigkeit ist nicht strukturell und auch nicht konjunkturell, sondern institutionell: Wir haben ein fehlerhaftes System der Lohnsetzung. Hier müssen wir ansetzen.

Die Hauptfunktion der Lohnverhandlungen ist aus ökonomischer Sicht, die *Relativlöhne* zu bestimmen. Dies geschieht dadurch, daß Geldlöhne festgesetzt werden. Diese bestimmen dann die Kosten und Preise, und das so bestimmte Preisniveau bestimmt dann letztlich zusammen mit den Geldlöhnen die Reallöhne.

Alles dies wäre unabhängig vom Preisniveau möglich, aber es muß eine akzelerierende Inflationierung oder Deflationierung vermieden werden. Um das Geldlohniveau ausreichend zu stabilisieren, ist angesichts des Problems der autonomen Lohninflation eine restriktive Politik und zunehmende Arbeitslosigkeit erforderlich. Dies ist sozial extrem kostspielig.

Eine wesentlich billigere Möglichkeit wäre, alle Lohnverhandlungen in einer Recheneinheit («Taler») zu führen und dies obligatorisch zu machen. Die Bundesbank würde dann den Wechselkurs zwischen Taler und Mark festlegen und so direkt – und ohne Arbeitslosigkeit – das Geldlohniveau stabilisieren. (Das Reallohniveau wäre dann vermutlich höher, als es gegenwärtig ist.) Jedenfalls würde die gleiche Institution, die gegenwärtig das Geldlohniveau kostspielig indirekt kontrolliert, es nun direkt und kostengünstig kontrollieren.

Solch ein Vorschlag ist nicht problemlos. Man betrachte die folgende These: »Die Unternehmungen und die Arbeiter sind nicht an Talern, sondern an Mark interessiert. Deswegen werden sie Wege finden, ihre Abschlüsse zu indexieren. Dies macht den vorgeschlagenen Mechanismus ineffektiv.«

Diese These könnte irreführend sein:

- Die Arbeiter sind möglicherweise mehr am Relativlohn als an der absoluten Lohnhöhe interessiert, da ihr Urteil aus Lohnvergleichen herrührt.

Die Unternehmen sind möglicherweise mehr an Relativlöhnen als an absoluten Löhnen interessiert, da die Relativlöhne, aber nicht die Geldlöhne, ihre relative Kostensituation und damit ihre Wettbewerbsposition bestimmen.

Letztlich ist es schwer, hier ohne weitere Evidenz zu einem abschließenden Urteil zu gelangen. Wir sollten aber wirklich versuchen, hier eine Lösung zu finden.

7. Schlußbemerkung

Ich bin immer wieder verblüfft, wie realitätsfern viele sogenannte Praktiker der Wirtschaftspolitik argumentieren. Wenn Stichworte wie »Flexibilisierung«, »Transparenz« oder »Wettbewerb« fallen, folgt quasi als Pawlowscher Reflex ein positives Urteil. Argumente können, so zeigt sich immer wieder, diesen Reflex nicht beseitigen. Die wichtige Einsicht der modernen Theorie, daß viele sogenannte Marktunvollkommenheiten und Institutionalisierungen effiziente Problemlösungen sein könnten, die sich im Markt gebildet haben und die man zunächst einmal ernst nehmen sollte, hat sich nicht durchgesetzt. Mit dem Argument »Im Modell des vollständigen Wettbewerbs kommt Arbeitslosigkeit nicht vor. Deshalb sollten sich die Menschen entsprechend dem Modell verhalten, und wir werden keine Arbeitslosigkeit haben« ist absolut weltfremd und igno-

riert eben die Tatsache, daß viele Probleme in den Lehrbüchern nicht vorkommen, die in der Praxis wichtig sind und für die institutionalisierte Lösungen gefunden worden sind, die dann aber von den Politikplatonikern als durch Dummheit, Trägheit oder monopolistisches Verhalten verursacht gesehen und verdammt werden. Mir scheint, die reinen Theoretiker nehmen heutzutage die Wirklichkeit ernster als viele Praktiker.

Wir sollten also der Wirklichkeit die Ehre geben und die Probleme der Wirklichkeit unter den Bedingungen lösen, die wir vorfinden. Ich habe argumentiert, daß sich unter modernen Bedingungen eine stetige Tendenz zur Lohninflation ergibt. Daraus folgt die Notwendigkeit restriktiver Politik und stetig steigender Arbeitslosigkeit. Um das Problem zu lösen, müssen wir unsere Lohnsetzungsmechanismen ändern. Letztlich kann ich dies nicht besser ausdrücken als James Edward Meade im Schluß der Nobelpreisrede aus dem Jahr 1977:

»Ich glaube nicht, daß ich übertreibe, wenn ich zum Schluß gelange, daß einer – wenn auch nur einer – der wirklich wichtigen Faktoren, von denen das Wohlergehen der Welt nunmehr abhängt, in einer Neugestaltung der Lohnsetzungsmechanismen in einer begrenzten Zahl von hochentwickelten Ländern liegt.«³

Aber so etwas liest ja keiner.

³ J.E. Meade, *The Meaning of »Internal Balance«*, in: *American Economic Review*, Vol. 83, No. 6, 1993, S. 1–9.